



**NETZGESELLSCHAFT
BERLIN-BRANDENBURG**

Ein Unternehmen der GASAG-Gruppe

GESCHÄFTSBERICHT 2024

NBB Netzgesellschaft
Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG,
Berlin

GESCHÄFTSBERICHT 2024

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin

Inhaltsverzeichnis

LAGEBERICHT	3
DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN, FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024	
JAHRESABSCHLUSS	19
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2024	
BILANZ	20
ZUM 31. DEZEMBER 2024	
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	21
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2024	
ANHANG	22
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024	
ANLAGENSPIEGEL	38
FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2024	
TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE	39
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024	
BESTÄTIGUNGSVERMERK	45
IMPRESSUM	50

LAGEBERICHT 2024

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin

Inhaltsübersicht des Lageberichts

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS	4
GESCHÄFTSMODELL	4
2. WIRTSCHAFTSBERICHT	4
2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN	4
2.2 ENERGIEPOLITISCHE UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	5
2.3 GESCHÄFTSVERLAUF	6
2.4 TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE	7
3. ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE	9
3.1 ERTRAGSLAGE	9
3.2 FINANZLAGE	11
3.3 VERMÖGENSLAGE	12
3.4 GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE	13
4. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	14
CHANCEN	14
RISIKEN	14
5. PROGNOSEBERICHT	18

1. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

GESCHÄFTSMODELL

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, nachfolgend NBB genannt, ist eine der größten örtlichen Gasverteilnetzbetreiberinnen bundesweit. Sie sorgt im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für einen technisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb der Gasverteilung in Berlin und großen Teilen Brandenburgs bis nach Sachsen und Sachsen-Anhalt hinein. Zu den Kernaufgaben der NBB zählen die Durchführung des sicheren, störungsfreien und effizienten Netzbetriebs, die Instandhaltung und der Ausbau der Netzinfrastruktur sowie die Sicherstellung und Abwicklung des Netzzugangs und der Netzdurchleitung. Darüber hinaus übernimmt die NBB auch die Betriebsführung für Netze Dritter, die Beratung von Netzbetreibern und -eigentümern sowie sonstige technische Dienstleistungen.

Die NBB verfügt über ein Festkapital von 13.093 Tsd.€, an dem, wie im Vorjahr, zum 31. Dezember 2024 die GASAG AG, Berlin, nachfolgend GASAG genannt, zu 92,36 % und die GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin, zu 7,64 % beteiligt sind. Komplementärin der NBB ist die NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, die für die Geschäftsführung der NBB verantwortlich ist. Sie ist weder am Vermögen noch am Gewinn oder Verlust der NBB beteiligt.

Die Netzinfrastruktur in Berlin ist im Eigentum der NBB. Für das Netz der EMB Energie Brandenburg GmbH, Michendorf, nachfolgend EMB genannt, wurde das Nutzungsrecht durch Abschluss eines Netzpachtvertrages auf die NBB übertragen. Darüber hinaus bestehen weitere Netzpachtverträge. Für alle Netze hat die NBB die Netzbetreibereigenschaft im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) und für alle Zählpunkte in diesen Netzgebieten ist die NBB grundzuständige Messstellenbetreiberin.

Die NBB agiert dabei gemäß den Anforderungen des Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001, des Umweltmanagementsystems nach DIN EN ISO 14001, des Sicherheitsmanagementsystems Gasinfrastruktur nach DIN EN 17649 und des Energiemanagementsystems nach DIN EN ISO 50001. Die NBB verfügt außerdem über ein integriertes Technisches Sicherheitsmanagement (TSM) in der Sparte Gas nach DVGW-Arbeitsblatt G 1000 sowie in der Sparte Strom nach VDE-AR-N 4001 (S 1000) und in der Sparte Wasser nach DVGW-Arbeitsblatt W 1000.

Betreiber kritischer Infrastrukturen sind nach §11 Abs. 1a EnWG inklusive dem IT-Sicherheitskatalog dazu verpflichtet, ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) zu betreiben. Das ISMS der NBB ist gemäß DIN EN ISO 27001 zum Betrieb von kritischen Infrastrukturen Gas und Strom zertifiziert.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ging das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2024 um 0,2 % zurück, bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2,2 %. Ursächlich für den Rückgang sind konjunkturelle und strukturelle Belastungen wie hohe Energiekosten, zunehmende Konkurrenz beim Export, ein erhöhtes Zinsniveau und unsichere wirtschaftliche Aussichten. Die Prognosen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz vom Februar 2025 gehen von einem leichten Anstieg der Wirtschaftsleistung um 0,3 % im Jahr 2025 gegenüber 2024 aus.

Laut Angaben der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) stieg der Erdgasverbrauch in Deutschland im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 % auf rund 844 TWh. Der Anstieg resultierte vorrangig aus einem erhöhten Gasverbrauch der industriellen Abnehmer.

2.2 ENERGIEPOLITISCHE UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Der NBB wird von der BNetzA im Rahmen der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) eine Erlösobergrenze für Netzentgelte beschieden.

Im Jahr 2022 hat die BNetzA die anerkennungsfähigen Netzkosten für die **vierte Anreizregulierungsperiode** (2023 bis 2027) mitgeteilt. Im Berichtsjahr wurde der NBB nach erfolgreicher Rechtsbeschwerde außerdem ein neuer Effizienzwert von 100 % beschieden. Für die finale Bemessung der Erlösobergrenzen der Jahre 2023 bis 2027 fehlt weiterhin die Festlegung des generellen Produktivitätsfaktors für die vierte Regulierungsperiode.

Die BNetzA hat für die vierte Regulierungsperiode die **Eigenkapitalzinssätze** für Alt- und Neuanlagen wesentlich geringer festgelegt als in der vorhergehenden Regulierungsperiode. Im Jahr 2022 ist die NBB einer Prozesskostengemeinschaft gegen diese Festlegung beigetreten. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat am 30. August 2023 die Festlegung der BNetzA aufgehoben und zur Neufestlegung verpflichtet. Anfang Oktober 2023 legte die BNetzA gegen das Urteil beim Bundesgerichtshof Beschwerde ein, welcher im Dezember 2024 stattgegeben und gleichzeitig das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf aufgehoben wurde.

Auch im Berichtsjahr wurde weiter an der **Kooperationsvereinbarung Gas (KoV)** gearbeitet, wobei der Entwurf der KoV XIV.1 sicherstellen soll, dass die bestehenden Abrechnungsprozesse zwischen zwei Netzbetreibern sowie zwischen Netzbetreibern und dem Marktgebietsverantwortlichen bis zum 1. Januar 2027 weiterhin angewendet werden und bis dahin keine neuen eRechnungen zur Anwendung kommen müssen.

Außerdem führte die BNetzA im Berichtsjahr ein Festlegungsverfahren der Großen Beschlusskammer Energie zur Anpassung von kalkulatorischen Nutzungsdauern und Abschreibungsmodalitäten von Erdgasleitungsinfrastrukturen („**KANU 2.0**“) durch. Bereits mit der Festlegung KANU 1.0 im Jahr 2022 hat die BNetzA für Neuanlagen eine kalkulatorisch lineare Abschreibung bis spätestens zum Jahr 2045 ermöglicht. Mit KANU 2.0 werden nunmehr für Bestands- und Neuanlagen weitere Flexibilisierungen bei den kalkulatorischen Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden ermöglicht. Auf diese Weise besteht die Option für eine eigenverantwortliche Refinanzierung getätigter Investitionen durch eine geeignete kalkulatorische Abschreibungsmethodik. Diese Anpassungen können erstmalig ab dem Geschäftsjahr 2025 in der Netzentgeltkalkulation angewendet werden.

Außerdem trat im Jahr 2024 die **EU-Methanemissions-Verordnung (EU-ME-VO)** in Kraft. Die Vorgaben der EU-ME-VO zur Reduzierung von Methanemissionen konzentrieren sich auf die Identifizierung und Priorisierung der Reparaturen großer Emittenten (sogenannte „Superemittenten“). In der Umsetzung bedeutet dies im Wesentlichen kürzere Abspürzyklen und schnellere Reparaturzeiten im Rahmen des Leckstellenmanagements.

Darüber hinaus wurde Ende 2023 das **Trilogverfahren** der EU zwischen Kommission, Parlament und Rat zur **EU-Gas- und Wasserstoffbinnenmarkttrichtlinie** abgeschlossen, wonach Energieversorgungsunternehmen künftig neben Gasnetzen auch Wasserstoffnetze betreiben dürfen. Im Vorjahr wurde außerdem die **Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes** beschlossen, das den rechtlichen und regulatorischen Rahmen für ein **Wasserstoff-Kernnetz** beinhaltet. Im Jahr 2024 sind über 50 km des Berliner Netzes der NBB auf eigenen Antrag in das bundesweite **Wasserstoff-Kernnetz** aufgenommen worden.

Außerdem schritt im Jahr 2024 die Umsetzung der Vorgaben aus dem **Gesetz zur Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze** voran. Das Land Berlin hat kurz vor Jahresende eine verkürzte Wärmeplanung vorgestellt und damit die Gebiete ausgewiesen, die nach Analyse der energetischen Rahmenbedingungen und örtlichen Gegebenheiten für dezentrale, gebäudeindividuelle Versorgungslösungen geeignet sind. Des Weiteren haben auch einzelne Kommunen in Brandenburg erste Pläne veröffentlicht. Die kommunalen Wärmeplanungen sollen spätestens bis Mitte 2026 bzw. 2028 vorliegen. Auf Basis dieser Wärmeplanungen können Gasverteilernetzbetreiber einen Fahrplan zur Umstellung der Erdgasinfrastruktur auf Wasserstoff abschließen oder Gebiete mit vorzugsweiser Nutzung von Biomethan identifizieren.

2.3 GESCHÄFTSVERLAUF

Die **Gastransportmenge** der NBB ging im Geschäftsjahr 2024 um 5,3% gegenüber dem Vorjahr auf 38.932 GWh zurück, was im Wesentlichen auf die milde Witterung zurückzuführen ist.

Aufgrund des weiterhin angespannten Energiemarktes galt auch im Berichtsjahr die zweite von drei Stufen des Notfallplans Gas der Bundesrepublik Deutschland. Das Krisenmanagement der NBB war stets auf eine mögliche **Gasmangellage** vorbereitet.

Aufgrund der langfristigen Umstellung auf alternative Energiequellen ging der Auftragsbestand für das **Netzanschlussgeschäft** im Vergleich zum Vorjahr weiter zurück.

Außerdem gab es neue Anfragen für den **Anschluss von Biogaserzeugungsanlagen** und damit verbunden einen Anstieg der entsprechenden Investitionstätigkeit für die Asset Owner.

Weiterhin wurden zur grundlegenden Gewährleistung der Versorgungssicherheit erneut zahlreiche Instandhaltungs- und Erweiterungsmaßnahmen der Gasnetzinfrastruktur durchgeführt.

Außerdem wurden die Vorgaben aus der **EU-Methanemissions-Verordnung** umgesetzt, welche die schnellere Erkennung und die Reduzierung der Liegezeiten von Leckstellen zum Ziel hat.

Zur **Transformation des Netzes** hat die NBB bereits in den Vorjahren ein Phasenmodell entwickelt, welches die Transformation des bestehenden Gasnetzes (Methannetz) hin zu „100% H2-ready“ und damit zu einem CO₂-freien Wasserstoffnetz ermöglicht. In der ersten Phase soll bis zum Jahr 2030 ein Wasserstoff-Startnetz für Berlin aufgebaut werden, das große Berliner Netzanschlüsse mit Wasserstoff versorgen kann. Im Jahr 2024 wurde dafür ein erster Meilenstein erreicht. Über 50 km des Berliner Netzes der NBB wurde in das deutschlandweite **Wasserstoff-Kernnetz** aufgenommen.

Das Geschäftsergebnis der **Tochtergesellschaft infrest** – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin, basierend auf dem Betrieb von webbasierten Austauschplattformen für Leitungsauskünfte, Genehmigungen, Auftrags-, Havarie- und Anzeigenmeldungen sowie dem Betrieb eines webbasierten Baustellenatlas lag im Jahr 2024 leicht über dem Vorjahresniveau.

Der Jahresüberschuss der **Tochtergesellschaft KKI** – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin, lag im Jahr 2024 auf Vorjahresniveau. Die Gesellschaft bietet Dienstleistungen im Bereich des Störungs-, Notfall- und Krisenmanagements an.

Das erwartete Jahresergebnis 2024 aus der **Beteiligung** an der **WGI** GmbH, Dortmund, entwickelte sich planungsgemäß. Dieser wird aus Dienstleistungen im Bereich der Geoinformatik, Auskünften über Leitungsnetze und verschiedensten Aufgaben im Geoinformationsbereich erwirtschaftet.

Das im Jahr 2021 gestartete **Transformationsprogramm** „ZUKUNFT G“ der GASAG-Gruppe, mit dem zentralen Ziel der strategischen Ausrichtung auf eine möglichst frühe Klimaneutralität, bildete für die NBB auch im Berichtsjahr einen wesentlichen Rahmen für Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele.

Zum Bilanzstichtag sorgten 742 **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** (Vj. 719) für einen sicheren Netzbetrieb. Darunter waren 93 Nachwuchskräfte (Vj. 96), welche bei der NBB gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern technische und kaufmännische **Berufsausbildungen sowie duale Studiengänge** absolvieren. Im Berichtsjahr wurde dafür eine neue technische Ausbildungswerkstatt zur Steigerung der Ausbildungskapazitäten eröffnet, um auch in Zukunft die Versorgungssicherheit im Netzgebiet der NBB zu gewährleisten und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

2.4 TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE

Gemäß § 6b Absatz 3 EnWG müssen Unternehmen, die mit einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung in ihrer Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Mit der Erstellung des Jahresabschlusses ist für jeden Tätigkeitsbereich eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Für die NBB leitet sich daraus die Verpflichtung ab, einen Tätigkeitsabschluss für die Gasverteilung zu erstellen.

Im Tätigkeitsabschluss werden neben der Gasverteilung, welche dem regulierten Gasnetzgeschäft der NBB als regulierte Netzbetreiberin entspricht, auch Energiespezifische Dienstleistungen an die Gas- und Elektrizitätsverteilung ausgewiesen.

TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE

Im Berichtsjahr bestand ein Jahresüberschuss in Höhe von 38.144 Tsd.€ (Vj. 45.800 Tsd.€) im Tätigkeitsabschluss **Gasverteilung**. Im Geschäftsjahr 2024 sind Mindererlöse aus Netzentgelten angefallen, die anteilig mit den aus Vorjahren aufgelaufenen Mehrerlösen aus Netzentgelten verrechnet werden konnten und zu einem Verbrauch der Rückstellung aus dem Regulierungskonto in Höhe von 15.505 Tsd.€ führten. Die Umsatzerlöse beinhalteten vorwiegend die Erlöse aus Netzentgelten, die Abrechnungen der Mehr- und Mindermengen sowie die Abwicklung der Investitionen in das Gasnetz der Verpächter. Des Weiteren enthielten die Umsatzerlöse Erträge aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten aus vereinnahmten Hausanschlussbeiträgen und Baukostenzuschüssen für die Netzinfrastruktur. Die Bestandsveränderungen bestanden im Wesentlichen aus Veränderungen an unfertigen Leistungen für Investitionen in das Gasnetz der Verpächter. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalteten insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Im Materialaufwand wurden als Hauptbestandteile neben den erforderlichen Kosten für den Netzbetrieb auch die Netzpacht, die vorgelagerten Netzkosten und die Aufwendungen für die Investitionsmaßnahmen aus den Netzpachtverhältnissen ausgewiesen.

Im Berichtsjahr bestand ein Jahresüberschuss in Höhe von 73 Tsd.€ (Vj. 75 Tsd.€) im Tätigkeitsabschluss **Energiespezifische Dienstleistungen an Gasverteilung** und ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 286 Tsd.€ (Vj. 132 Tsd.€) im Tätigkeitsabschluss **Energiespezifische Dienstleistungen an Elektrizitätsverteilung**. Die Energiespezifischen Dienstleistungen fielen im Rahmen eines Betriebsführungsvertrags der NBB für die Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz), nachfolgend NFL genannt, an. Die NBB erbrachte hier Energiespezifische Dienstleistungen an die regulierten Sparten Gas- und Elektrizitätsverteilung der NFL. Die Aufwendungen der Betriebsführung bestanden vorwiegend aus Personalaufwand.

Ab dem 1. Januar 2025 wird die NBB die Netzbetreiberrolle für das Gasnetz der NFL übernehmen. Damit gehen auch die Verpflichtungen zum grundzuständigen Messtellenbetrieb für die Sparte Gasverteilung auf die NBB über. Das Gasverteilnetz inklusive Messeinrichtungen verbleibt bei der NFL, worüber ein Netzpachtvertrag mit der NBB geschlossen wird.

Die Netzbetreiberrolle für das Stromnetz bleibt unverändert bei der NFL.

ÜBRIGE AKTIVITÄTEN

Die NBB erbrachte neben der Betriebsführung für die NFL auch Dienstleistungen an weitere Unternehmen der Energie- und Versorgungswirtschaft in den Sparten Gas, Wasser und Fernwärme. Diese beinhalteten unter anderem den Betrieb und Bau von Netzen und Anlagen sowie die Netzsteuerung, das Störungsmanagement und den Netzvertrieb für die Netze von Dritten.

3. ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

3.1 ERTRAGSLAGE

Im Geschäftsjahr 2024 entwickelte sich das Jahresergebnis der NBB wie folgt:

	2024	2023	VERÄNDERUNG	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	396.532	460.300	-63.768	-14
davon Netzentgelte	344.113	364.013	-19.900	-5
davon Mehr- und Mindermengenabrechnung	16.288	54.816	-38.528	-70
davon Biogaskostenwälzung	7.768	9.181	-1.413	-15
davon Arbeiten an Versorgungsanlagen der Asset Owner	9.700	13.248	-3.548	-27
davon Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten für Baukostenzuschüsse für die Netzinfrastruktur	8.947	9.368	-421	-4
Bestandsveränderungen	12.600	1.833	10.767	> 100
Andere aktivierte Eigenleistungen	14.217	14.839	-622	-4
Sonstige betriebliche Erträge	7.946	6.773	1.173	17
davon Erstattung von Schäden	827	969	-142	-15
Materialaufwand	223.135	273.314	-50.179	-18
davon vorgelagerte Netzkosten	96.708	117.644	-20.936	-18
Personalaufwand	57.449	55.866	1.583	3
Abschreibungen	62.995	61.657	1.338	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.530	32.952	3.578	11
Ergebnis vor Steuern ohne Finanz- und Beteiligungsergebnis (EBIT)	51.186	59.956	-8.770	-15
Finanzergebnis	-5.256	-4.850	-406	8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.792	8.157	-1.365	-17
Sonstige Steuern	142	103	39	38
Jahresüberschuss	38.996	46.846	-7.850	-17

Das Ergebnis wurde im Berichtsjahr durch folgende finanzielle und nichtfinanzielle **Leistungsindikatoren** beeinflusst:

Ein wesentlicher nicht beeinflussbarer und **nichtfinanzieller Leistungsindikator** ist die Entwicklung der Gesamttransportmenge, welche insbesondere von der Temperatur sowie den Energiebedarfen aus den Branchen der Energieerzeugung, dem produzierenden Gewerbe und dem Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte abhängig ist.

Außerdem sind wichtige nichtfinanzielle Leistungsindikatoren die personelle Ressourcensicherung und Personalentwicklung, um einen versorgungssicheren Netzbetrieb zu gewährleisten. Die NBB investierte im Rahmen der Nachwuchsförderung als Ausbildungsbetrieb in den langfristigen Ressourcen- und Kompetenzerhalt.

Finanzielle Leistungsindikatoren leiten sich vorrangig vom gesetzlich vorgeschriebenen Regulierungsregime der BNetzA ab. Die Steuerung der NBB verfolgte dabei auch im Berichtsjahr die optimale Ausgestaltung der Gesellschaft im Rahmen der regulatorischen Anforderungen, um einen effizienten, umweltverträglichen und sicheren Netzbetrieb zu gewährleisten.

Im Vergleich zum Vorjahr war die **Entwicklung des Jahresergebnisses 2024** demnach von folgenden Effekten beeinflusst:

Die **Umsatzerlöse** wurden, wie im Vorjahr, vorwiegend aus Gastransport erwirtschaftet.

Die Gastransportmenge des Berichtsjahres ging um 5,3% gegenüber dem Vorjahr zurück. Folglich sanken die **Umsatzerlöse aus Netzentgelten**. Die daraus resultierenden Mindererlöse gegenüber der Erlösobergrenze konnten mit Mehrerlösen der Vorperioden teilweise verrechnet werden und führten zu einem Verbrauch der Rückstellung aus dem Regulierungskonto in Höhe von 15.505 Tsd.€. Die Mindererlöse führen in den Folgejahren zu einer Erhöhung der Netzentgelte.

Darüber hinaus fielen im Berichtsjahr **Umsatzerlöse aus Arbeiten an Versorgungsanlagen** der Netzverpächter an, welche die Maßnahmen für den Ausbau der Gasnetzinfrastrukturen beinhalteten. Diese Maßnahmen waren außerdem wesentlicher Teil der **Bestandserhöhung an unfertigen Leistungen**. Des Weiteren waren im Berichtsjahr unfertige Leistungen für den netzspezifischen Anteil eines GASAG-gruppenweiten Wechsels des Abrechnungssystems SAP IS-U enthalten.

Der sehr starke Rückgang der **Umsatzerlöse aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung** war im Wesentlichen preisbedingt. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar.

Der Rückgang der **Umsatzerlöse aus der Biogaskostenwälzung** gemäß § 20 b GasNEV beruhte im Wesentlichen auf geringeren vermiedenen Netzentgelten. Die Biogaskostenwälzung stellt für die NBB ebenfalls einen durchlaufenden Posten dar.

Die **Erträge aus aktivierten Eigenleistungen** beinhalteten vorrangig Leistungen für die Erweiterung und den Ersatz der Gasnetzinfrastruktur Berlins.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** stiegen im Wesentlichen bedingt durch höhere Rückstellungsaufösungen und einmalige periodenfremde Erträge aus den Energiepreisbremsen für Strom und Gas.

Den erzielten Umsatzerlösen und dem Bestandsaufbau, welcher im Wesentlichen aus Netzausbaumaßnahmen für die Verpächter resultierte, standen größtenteils **Materialaufwand** für die Netzpacht, für bezogene Leistungen und Material im Zusammenhang mit Rohrnetz- und Tiefbauarbeiten, für Mess- und Abrechnungsdienstleistungen sowie für vorgelagerte Netze gegenüber. Der Rückgang des Materialaufwandes ergab sich primär aus dem Rückgang der vorgelagerten Netzkosten. Dem starken Rückgang des durchlaufenden Postens der Mehr- und Mindermengenabrechnung stand im Wesentlichen ein Anstieg der Aufwendungen für Netzmaßnahmen und Tiefbau entgegen.

Der Anstieg des **Personalaufwands** war hauptsächlich in Tarifsteigerungen und einem höheren Personalbestand begründet.

Die **Abschreibungen** entfielen im Wesentlichen auf die Netzverteilungsanlagen in Berlin und die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** beinhalteten hauptsächlich Aufwendungen für Miete, Geschäftsbesorgung und IT-Dienstleistungen, wobei der Anstieg im Wesentlichen aus höheren IT-Aufwendungen resultierte.

Das **Finanzergebnis** des Geschäftsjahres 2024 sank im Vergleich zum Vorjahr. Dies resultierte vorwiegend aus geringeren Zinserträgen aus Cash-Pooling mit der GASAG. Das Finanzergebnis beinhaltet vorrangig Zinsaufwendungen für Darlehen zur Finanzierung der Investitionen in die Netzinfrastruktur Berlins.

Das **Steuerergebnis vom Einkommen und Ertrag** sank korrespondierend zum Vorsteuerergebnis der NBB.

3.2 FINANZLAGE

Der **Finanzierungsbedarf** der NBB wird aus dem operativen Cashflow, durch langfristige Bankkredite sowie Schuldscheindarlehen gedeckt. Dabei orientieren sich Art und Umfang der Finanzierung an den geplanten Investitionen und am operativen Geschäft der Gesellschaft.

Der **langfristige Refinanzierungsbedarf** resultiert im Wesentlichen aus Netzinvestitionen. Die verzinslichen Darlehen sind auf 33 Banken und sonstige Finanzpartner diversifiziert.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstigen Darlehensgebern** waren 0,44 % (Vj. 0,59 %) variabel verzinslich.

Die Bandbreite der **Zinssätze** für festverzinsliche Darlehen lag wie im Vorjahr zwischen 0,67 % und 4,85 %.

Des Weiteren steht der NBB eine gruppeninterne Kredit-/Avallinie im Rahmen einer **Cash-Pooling Vereinbarung** mit der GASAG in Höhe von 40.000 Tsd.€ zur Verfügung, welche zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 nicht in Anspruch genommen wurde.

Zur Ermittlung des Liquiditätsbedarfs nutzte die NBB eine rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanung. Hierbei wurde für die **Liquiditätsplanung** ein GASAG-gruppenweit einheitliches System eingesetzt, das die Durchführung des Liquiditätsmanagements unterstützt und das Monitoring einer Liquiditätsentwicklung sicherstellt.

Die NBB war im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die **Kapitalflussrechnung** der NBB stellte sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2024	2023
	T€	T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	109.400	122.406
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-74.350	-66.759
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-49.133	-85.236
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	13.443	27.526

Der positive **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** beinhaltet vorrangig den Jahresüberschuss und die Abschreibungen auf Sachanlagevermögen, wobei der Rückgang im Wesentlichen aus dem geringeren Jahresüberschuss als im Vorjahr resultierte.

Der **Cashflow aus der Investitionstätigkeit** beinhaltet hauptsächlich die im Berichtsjahr vorgenommenen Investitionen in die Netzinfrastruktur Berlins.

Der **Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit** beinhaltet im Wesentlichen die Auszahlung der Verbindlichkeiten aus Ergebnisverwendung der Gesellschafter für das Jahresergebnis 2023, wobei im Vorjahr bereits 38.000 Tsd.€ vom Jahresergebnis 2023 ausgezahlt wurden. Außerdem wurde für das Jahresergebnis 2024 eine Auszahlung in Höhe von 30.000 Tsd.€ an die Gesellschafter vorgenommen. Darüber hinaus waren planmäßige Tilgungen und Zinsen für Darlehen in Höhe von 35.343 Tsd.€ (Vj. 35.696 Tsd.€) enthalten. Des Weiteren wurden im Berichtsjahr neue Darlehen in Höhe von 25.000 Tsd.€ (Vj. 0 Tsd.€) aufgenommen.

Der **Finanzmittelfonds** beinhaltet im Berichtsjahr die Forderungen aus dem Cash-Pooling mit der GASAG in Höhe von 13.443 Tsd.€.

3.3 VERMÖGENSLAGE

Zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2024 entwickelte sich die **Bilanz** der NBB wie folgt:

	31.12.2024	31.12.2023	VERÄNDERUNG	
	T€	T€	T€	%
AKTIVA				
Anlagevermögen	836.372	820.600	15.772	2
Immaterielle Vermögensgegenstände	38.273	37.766	507	1
Sachanlagen	796.282	780.900	15.382	2
Finanzanlagen	1.817	1.934	-117	-6
Umlaufvermögen	87.781	109.912	-22.131	-20
Vorräte	3.881	1.436	2.445	> 100
davon unfertige Leistungen abzgl. der aktivisch abgesetzten erhaltenen Anzahlungen	3.306	879	2.427	> 100
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	83.900	108.472	-24.572	-23
davon Kontenclearing bei GASAG	13.443	27.522	-14.079	-51
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	0	4	-4	-
Rechnungsabgrenzungsposten	235	2.984	-2.749	-92
Bilanzsumme	924.388	933.496	-9.108	-1
PASSIVA				
Eigenkapital	247.416	247.416	0	0
Kapitalanteile der Kommanditisten	247.416	247.416	0	0
Sonderposten	6	0	6	-
Rückstellungen	95.017	113.291	-18.274	-16
davon Regulierungskonto	44.527	59.744	-15.217	-25
Verbindlichkeiten	485.502	477.866	7.636	2
Rechnungsabgrenzungsposten	92.093	92.050	43	0
Passive latente Steuern	4.354	2.873	1.481	52
Bilanzsumme	924.388	933.496	-9.108	-1

Das **Anlagevermögen** bestand vorrangig aus Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in die Gasnetzinfrastruktur in Berlin. Die immateriellen Vermögensgegenstände beinhalteten vorrangig Leitungsrechte für das Berliner Gasnetz.

Die **Vorräte** beinhalteten zum Bilanzstichtag hauptsächlich unfertige Leistungen abzüglich der aktivisch abgesetzten erhaltenen Anzahlungen. Es handelte sich hierbei in erster Linie um Netzausbaumaßnahmen, welche noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden. Darüber hinaus waren unfertige Leistungen für den netzspezifischen Anteil eines GASAG-gruppenweiten Wechsels des Abrechnungssystems SAP IS-U enthalten. Außerdem beinhalteten die Vorräte Gasbestände in den Leitungen.

Die **Forderungen** aus Lieferungen und Leistungen und gegen verbundene Unternehmen beinhalteten hauptsächlich Forderungen aus Netzentgelten sowie Mehr- und Mindermengenabrechnungen. Außerdem waren darin Forderungen aus dem Cash-Pooling mit der GASAG enthalten.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalteten überwiegend geleistete Anzahlungen auf Lieferungen und Leistungen für Netzausbaumaßnahmen sowie Forderungen aus Steuern vom Einkommen und Ertrag.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltete im Wesentlichen die Abgrenzung gegenüber dem vorgelagerten Netzbetreiber im Rahmen der Biogaskostenwälzung nach § 20 b GasNEV.

Die sonstigen **Rückstellungen** beinhalteten überwiegend Rückstellungen für das Regulierungskonto, Lieferungen und Leistungen sowie Personalverpflichtungen. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr basierte vorrangig auf dem Verbrauch der Rückstellung für das Regulierungskonto.

Die **Verbindlichkeiten** zum Bilanzstichtag resultierten im Wesentlichen aus Finanzierungsverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Darlehensgebern in einer Gesamthöhe von 450.659 Tsd.€ (Vj. 454.427 Tsd.€) zur Finanzierung der Investitionen in die Netzinfrastruktur in Berlin.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** beinhalteten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Ergebnisverwendung des Jahres 2024 gegenüber den Gesellschaftern und erhaltene Anzahlungen von Asset Ownern für Netzausbaumaßnahmen.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthielt zum Stichtag vorrangig die passivierten Zuschüsse gemäß Gasnetzentgeltverordnung und Baukostenzuschüsse.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten und kurzfristigen Rückstellungen überstiegen die Summe aus kurzfristigen Forderungen und Finanzmittelbeständen. Die bestehenden Kreditlinien und liquiden Mittel reichen aus, den am Stichtag vorliegenden **Überhang an kurzfristigen Verbindlichkeiten** zu decken.

3.4 GESAMTAUSSAGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Im Geschäftsjahr 2024 wies die NBB einen geringeren Jahresüberschuss als im Vorjahr und als in der Prognose aus. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus witterungsbedingt geringeren Transportmengen und entsprechenden Mindererlösen, welche nur anteilig mit Mehrerlösen aus Vorjahren verrechnet werden konnte. Darüber hinaus war das Ergebnis durch geplant höhere Personal- und IT-Aufwendungen geringer als im Vorjahr.

4. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Die ständig wiederkehrende Identifikation, Bewertung, Überwachung und Dokumentation von Chancen und Risiken gehört ebenso zu den Aufgaben der Führungskräfte sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie die operative Steuerung mithilfe geeigneter Maßnahmen. Die Prozessverantwortung liegt beim Risikomanagement, welches direkt an die Geschäftsführung berichtet.

CHANCEN

Die NBB bewegt sich in ihrem Kerngeschäft als Gasnetzbetreiberin in einem durch die BNetzA regulierten Markt, in dem sich Chancen vorwiegend innerhalb der von der Behörde vorgegebenen Rahmenbedingungen ergeben.

Die Grundlage für den Betrieb der Netze sind Konzessionsverträge, zivilrechtliche Wegenutzungsverträge, mit denen die Gemeinden Netzbetreibern die Verlegung und den Betrieb von örtlichen Gasverteilnetzen in ihren Wegegrundstücken gemäß § 46 Absatz 2 EnWG gestatten. Bei den laufenden Konzessionsverfahren verfolgt die NBB gemeinsam mit den Netzverpächtern vorrangig das Ziel der Bestandssicherung. Darüber hinaus können sich durch zusätzliche Netzbewirtschaftungen mittelfristig Effizienzsteigerungen im bestehenden Geschäft ergeben.

Sämtliche Chancen können zu einer leichten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation der NBB führen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist dabei gering.

RISIKEN

Die Risikoeinschätzung beruht im Wesentlichen auf einer Planabweichung, wobei neben der Einstufung als operative Risiken, strategische beziehungsweise allgemeine Lebensrisiken sowie die Imagewirkung klassifiziert werden. Die Angabe der Eintrittswahrscheinlichkeiten lässt sich wie folgt unterteilen: sehr geringe, geringe, mittlere, hohe und sehr hohe Eintrittswahrscheinlichkeit.

Das Risikopotenzial bezogen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage wird wie folgt ausgedrückt:

EINSTUFUNG DES RISIKOPOTENZIALS	BESCHREIBUNG DER WERTGRENZEN
Geringes	Unwesentliche Verschlechterung
Spürbares	Moderate Verschlechterung
Mittleres	Beträchtliche negative Auswirkung
Hohes	Hohe und potenziell dauerhafte Verschlechterung
Sehr hohes	Wesentliche und voraussichtlich dauerhafte Verschlechterung

Bei der Bewertung wird außerdem zwischen einem kurz- sowie langfristigen Wirkungshorizont unterschieden, wobei die kurzfristige Betrachtung das nächste Geschäftsjahr betrifft. Die langfristige Betrachtung deckt mindestens den gesamten Planungszeitraum ab und geht für strategische Risiken und allgemeine Lebensrisiken auch darüber hinaus.

Es bestehen für die NBB im Wesentlichen folgende Risiken:

Umfeld- und Marktrisiken

Als unternehmerische Kernrisiken gelten die Transportmengenrisiken, die sich im Wesentlichen witterungsbedingt oder aufgrund von verändertem Endkundenverhalten und den Bedarfen des produzierenden Gewerbes ergebnisbeeinträchtigend auswirken können. Das Transportmengenrisiko wird mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit und einem über einen kurzfristigen Zeitraum spürbaren Schadenspotenzial eingestuft. Dem Schadenspotenzial steht jedoch mittelfristig eine Kompensation durch den regulatorischen Rahmen entgegen.

Weiterhin ergeben sich aus den bundespolitischen Klimaschutzziele relevante Einflüsse auf die langfristige Geschäftstätigkeit der NBB. So hat sich Deutschland zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden, was die schrittweise Substitution fossiler Energieträger erfordert. Dabei sollen insbesondere Wasserstoff und andere grüne Gase eine Rolle spielen. Die NBB begegnet dem im Rahmen des GASAG-Gruppen-Transformationsprogramms „ZUKUNFT G“ mit diversen Maßnahmen zur Vorbereitung der Netztransformation auf erneuerbare Energien. Wesentlicher Kern sind dabei die Chancen aus der Wasserstoffstrategie der NBB. Im Jahr 2024 hat die NBB dabei einen wesentlichen Meilenstein erreicht, indem über 50 km der Netzinfrastruktur Berlins Teil des deutschlandweiten Wasserstoff-Kernetzes wurden.

Um die Transformation der Gasnetze im Zuge der Dekarbonisierung regulatorisch zu flankieren, hat die BNetzA mit der Festlegung zu „KANU 2.0“ die Möglichkeit geschaffen auch Bestandsanlagen kalkulatorisch verkürzt abzuschreiben. Hiermit soll sichergestellt werden, dass der Netzkunde nicht mit zu hohen und vermeidbaren Entgeltsprüngen belastet und die Investitionen in das Gasnetz wieder verdient werden können. Die NBB wird ab dem Jahr 2025 von dieser Möglichkeit moderat Gebrauch machen. Es bestehen Unsicherheiten für die zukünftige Bilanzierung der KANU 2.0 Folgewirkungen im handelsrechtlichen Jahresabschluss, in Bezug auf die Änderung der Abschreibungspläne oder den Bedarf zusätzlicher Stilllegungsrückstellungen. Das Risiko daraus wird zum jetzigen Zeitpunkt als gering eingeschätzt.

Die Wahrscheinlichkeit einer Gasmangellage, welche von der Bundesregierung ausgerufen wird, besteht fort. Auch im Jahr 2024 bestand weiterhin die zweite von drei Stufen des Notfallplans Gas. Die NBB ist als Netzbetreiberin grundsätzlich für den Krisenfall vorbereitet und führt dazu regelmäßig Krisenübungen mit den relevanten Prozessbeteiligten durch. Für den Fall einer längeren Gasmangellage hat die NBB weitere Maßnahmen ergriffen, um die Versorgungssicherheit nach den Vorgaben der relevanten Behörden sicherzustellen. Dem damit verbundenen Risiko von kurzfristigen hohen Einnahmerückgängen kann die NBB durch eine grundlegend gute Liquiditätsausstattung begegnen, die die Aufrechterhaltung des Versorgungsbetriebs sicherstellt.

Konzessionsrisiken

Zwischen dem Land Berlin und der NBB besteht ein Gasnetzkonzessionsvertrag für das Netzgebiet Berlin mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2034. Das Land Berlin hat ein vertraglich fixiertes Widerspruchsrecht, das bei Ausübung bis 30. November 2025 eine Verlängerung des Konzessionsvertrages über den 31. Dezember 2027 hinaus verhindern würde.

Darüber hinaus laufen aktuell in den Netzgebieten der NBB außerhalb Berlins Verfahren zur Neuvergabe von Konzessionen. Das Risikopotenzial, das sich mittelfristig aus dem Auslaufen von Konzessionsverträgen ergeben könnte, wird im Risikoportfolio der NBB berücksichtigt. Dies ermöglicht die frühzeitige aktive Steuerung von Gegenmaßnahmen. Dazu gehört unter anderem die Zusammenarbeit mit den

Verpächtern zur Sicherung, aber auch zur Neugewinnung von Konzessionen. Auf diese Weise wird nicht nur die Risikowirkung reduziert, sondern auch gleichzeitig Chancenpotenzial generiert.

Dabei stellt der Verlust von Konzessionen außerhalb Berlins ein geringes Risiko dar.

Betriebsrisiken

Die zum Betrieb von Netzinfrastrukturen eingesetzten technologisch komplexen Anlagen bergen das Risiko ungeplanter Nichtverfügbarkeiten und Versorgungsunterbrechungen aufgrund unvorhergesehener Betriebsstörungen oder externer Einflüsse. Durch die laufende Instandhaltung und Überwachung auf der Grundlage technischer Regelwerke und betriebsinterner Konzepte sowie durch die kontinuierliche Sanierung und Modernisierung der netztechnischen Anlagen wird ein hoher technologischer Sicherheitsstandard gewährleistet, wodurch die Eintrittswahrscheinlichkeit von Störungen erheblich reduziert wird. Aus den unvermeidlichen Restrisiken im Zusammenhang mit dem Betrieb der Netzinfrastrukturen ergibt sich in Bezug auf das aggregierte Schadenspotenzial ein spürbares Risiko bei einer insgesamt sehr geringen bis geringen Eintrittswahrscheinlichkeit.

Bezüglich Cyberangriffen und Sabotageakten hat sich die Bedrohungslage für die Netzinfrastruktur verschärft. Die NBB ist durch den Betrieb nach den Regeln des DIN EN ISO 27001-zertifizierten Informationssicherheitsmanagementsystems und durch starke Sicherheitsvorkehrungen unter Beachtung der Hinweise aus den Sicherheitsbehörden für dieses Risiko gut aufgestellt. Es wurden organisatorische und technische Vorkehrungen zur Vermeidung von Störungen der Verfügbarkeit, Integrität, Authentizität und Vertraulichkeit der informationstechnischen Systeme, Komponenten und Prozesse etabliert.

Darüber hinaus existieren die möglichen Risiken innerhalb der verschiedenen Prozesse unabhängig voneinander und sind im Hinblick auf Sach- und Personenschäden durch einen wirtschaftlich angemessenen Versicherungsschutz abgesichert, der auf der Basis eines dem Risikopotenzial der NBB entsprechenden Haftpflichtversicherungskonzepts gebildet ist. Des Weiteren überwacht ein eigener Bereich für Unternehmenssicherheit die kritischen Prozesse und steuert übergreifende Präventionsmaßnahmen.

Ausfallrisiko

Die Forderungen der NBB gegenüber den Transportkunden sind weitestgehend durch eine Forderungsausfallversicherung abgesichert, die im Falle von eingetretenen Insolvenzen 90 % der Außenstände der Gesellschaft erstattet. Der Ausfall von Forderungen wird durch einen systematischen Risikomanagementprozess auf Basis der Richtlinien der GASAG-Gruppe sowie der KoV Gas begrenzt und ist dementsprechend in Bezug auf das Schadenspotenzial und die Eintrittswahrscheinlichkeit als gering zu bewerten. Das Ausfallrisiko ist durch den angespannten Energiemarkt leicht gestiegen. Bisher sind jedoch keine wesentlichen Forderungsausfälle über den normalen Geschäftsverkehr hinaus zu verzeichnen gewesen.

Marktpreisentwicklung

Die bestehenden Darlehen sind im Wesentlichen mit einem festen Zinssatz ausgestattet. Aus der Marktpreisentwicklung im Finanzbereich ergibt sich kurzfristig ein geringes Chancen- und Risikopotenzial.

Außerdem bestehen in Teilbereichen Material- und Lieferengpässe sowie ein weiterer Anstieg der Inflationsrate. Die NBB hat durch eine diversifizierte Lieferantenbindung und der Möglichkeit, teilweise Materialien zu substituieren, ein geringes Risiko von Beeinträchtigungen des Netzbetriebs. Das Risiko aus Preissteigerungen wird bei der NBB mittelfristig durch die regulatorische Anpassung der Erlösobergrenze um einen neuen Verbraucherpreisindex weitestgehend aufgefangen.

Regulatorische Risiken

Neben Chancen aus Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Regulierung bestehen auch Risiken. Diese können eine kurzfristige Anpassung der Gesellschaftsausrichtung notwendig werden lassen, welche ein geringes Risiko temporärer Ineffizienzen mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit beinhaltet. Sowohl Chancen als auch Risiken ergeben sich derzeit aus der abschließenden Bemessung der Erlösobergrenzen der Jahre 2023 bis 2027, da die Festlegung des generellen Produktivitätsfaktors für die vierte Regulierungsperiode noch nicht final beschieden ist.

Gesamtrisiko

Das Kernrisiko von Transportmengenschwankungen kann bei der NBB zu einer kurzfristigen Beeinträchtigung führen, da der Regulierungsrahmen diese im Wesentlichen mittelfristig auffängt.

Technisch und organisatorisch sind Vorkehrungen zum Management einer längeren Gasmangellage sowie möglicher Angriffe auf die Infrastruktur getroffen worden und die Netze laufen stabil.

Basierend auf der Gesamtrisikolage unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und ergriffenen Maßnahmen ist für die NBB gegenwärtig keine Fortbestandsgefährdung zu erkennen.

5. PROGNOSEBERICHT

Im Vergleich zum Berichtsjahr geht die NBB für das Jahr 2025 von wieder leicht steigenden **Gastransportmengen** auf Basis einer Normtemperaturentwicklung aus. Dennoch führen regulatorische Effekte aus **KANU 2.0** zu voraussichtlich deutlich steigenden Netzentgelten. Die verbliebenen Mindererlöse des Geschäftsjahres 2024 bilden Verrechnungspotenzial für zukünftige Mehrerlöse.

Das **Jahresergebnis** 2025 steigt gegenüber dem Jahr 2024 auf Grund planerisch entfallender Mindererlöse und regulatorischer Anpassung der Erlösobergrenze deutlich an .

Die **Zahlungsfähigkeit** der Gesellschaft wird durch die Liquiditätszuflüsse aus dem operativen Geschäft, geplante Kreditaufnahmen bei Kreditinstituten sowie durch den verfügbaren Cash-Pooling-Rahmen jederzeit sichergestellt.

Im Geschäftsjahr 2025 sind weitere **Investitionen** in die Berliner Gasnetzinfrastruktur, in Gasverbrauchsmesseinrichtungen sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung geplant. Die Finanzierung der Investitionen soll dabei im Wesentlichen über den laufenden Cashflow sowie die Aufnahme von Darlehen bei Kreditinstituten erfolgen.

In Folge des kontinuierlichen Ausbaus des Dienstleistungsgeschäfts in den **Tochterunternehmen** der NBB wird auch in Zukunft ein positiver Ergebniseffekt auf die NBB erwartet.

Durch die Fertigstellung der Ausbildungswerkstatt im Geschäftsjahr 2024 kann weiter strukturiert in die **Ressourcensicherung** investiert sowie die zukunftsorientierte Kompetenzerweiterung sichergestellt werden.

Berlin, 17. Februar 2025

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Maik Wortmeier
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

Claudia Rathfux
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

JAHRESABSCHLUSS 2024

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2024

Inhaltsübersicht

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2024	20
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2024	21
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024	22
ANLAGENSPIEGEL FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2024	38
TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024	39
BESTÄTIGUNGSVERMERK	45

BILANZ

DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN ZUM 31.12.2024

	31.12.2024	31.12.2023
	T€	T€
AKTIVA		
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	38.273	37.766
II. Sachanlagen	796.282	780.900
III. Finanzanlagen	1.817	1.934
	836.372	820.600
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte	3.881	1.436
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	83.900	108.472
III. Kassenbestand	0	4
	87.781	109.912
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	235	2.984
	924.388	933.496
PASSIVA		
A. EIGENKAPITAL		
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	247.416	247.416
	247.416	247.416
B. SONDERPOSTEN		
	6	0
C. RÜCKSTELLUNGEN		
	95.017	113.291
D. VERBINDLICHKEITEN		
	485.502	477.866
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	92.093	92.050
F. PASSIVE LATENTE STEUERN		
	4.354	2.873
	924.388	933.496

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01. BIS 31.12.2024

	01.01. – 31.12.2024	01.01. – 31.12.2023
	T€	T€
1. Umsatzerlöse	396.532	460.300
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	12.600	1.833
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	14.217	14.839
4. Sonstige betriebliche Erträge	7.946	6.773
5. Materialaufwand	223.135	273.314
6. Personalaufwand	57.449	55.866
7. Abschreibungen	62.995	61.657
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.530	32.952
9. Finanzergebnis	-5.256	-4.850
10. Ergebnis vor Steuern	45.930	55.106
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.792	8.157
12. Ergebnis nach Steuern	39.138	46.949
13. Sonstige Steuern	142	103
14. Jahresüberschuss	38.996	46.846
15. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	-38.996	-46.846

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024

ALLGEMEINE HINWEISE

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, (nachfolgend NBB) hat ihren Geschäftssitz am EUREF Campus 1-2 in 10829 Berlin und ist im Handelsregister von Berlin-Charlottenburg unter HRA 37374 B eingetragen.

An der NBB sind die GASAG AG, Berlin, (nachfolgend GASAG) und die GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin, (nachfolgend GBG) als Kommanditistinnen beteiligt.

Persönlich haftende Gesellschafterin der NBB ist die Komplementärin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, (nachfolgend NBB GmbH) mit einem gezeichneten Kapital von 25 Tsd.€. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt und verpflichtet. Die Komplementärin erbringt keine Einlage und ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.

Der Jahresabschluss ist gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie den ergänzenden Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (nachfolgend EnWG) und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Gemäß § 264a HGB gelten die Vorschriften für Kommanditgesellschaften entsprechend. Die NBB ist gemäß § 267 HGB eine große Gesellschaft. Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren gewählt.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind alle mit arabischen Zahlen versehenen Posten der Bilanz sowie Unterposten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Sie sind im Anhang gesondert aufgegliedert und erläutert. Aus dem gleichen Grund sind die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und Davon-Vermerke ebenfalls an dieser Stelle gemacht.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die nachfolgenden für die Aufstellung des Jahresabschlusses maßgebenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert geblieben.

ANLAGEVERMÖGEN

Für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände ist das Aktivierungswahlrecht nach § 248 Abs. 2 HGB in Anspruch genommen. Die aktivierten Herstellungskosten sind auf Grundlage von Einzelkosten ermittelt.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Im Rahmen des Anschaffungsvorgangs erbrachte Eigenleistungen sind aktiviert.

Immaterielle Vermögensgegenstände sind, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer planmäßig linear abgeschrieben. Die verwendeten Abschreibungsdauern liegen überwiegend bei 5 Jahren.

Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet und soweit abnutzbar, planmäßig linear abgeschrieben. Die Herstellungskosten enthalten Material- und Fertigungseinzelkosten sowie angemessene Teile der betrieblichen Gemeinkosten. Im Rahmen des Anschaffungsvorgangs erbrachte Eigenleistungen sind aktiviert.

Die verwendeten Abschreibungsdauern für Sachanlagen entsprechen den voraussichtlichen Nutzungsdauern und liegen überwiegend zwischen 3 und 50 Jahren. Zugänge zum beweglichen Anlagevermögen sind zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 250 € nicht übersteigen, sind aus Gründen der Wesentlichkeit in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen sofort als Aufwand erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 250 € und 800 € sind im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Geleistete Anzahlungen des Anlagevermögens sind zu Nennwerten bilanziert.

Bei den Finanzanlagen sind Anteilsrechte zu Anschaffungskosten und Ausleihungen zum Nennwert angesetzt.

Liegt bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens eine dauerhafte Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vor, werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Stellt sich heraus, dass die Gründe für die in den Vorjahren getätigten außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, so wird eine Wertaufholung gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

UMLAUFVERMÖGEN

Die Vorräte sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten beziehungsweise unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt.

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tagespreisen am Bilanzstichtag aktiviert.

Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten. Kosten der allgemeinen Verwaltung und Fremdkapitalzinsen sind nicht aktiviert. Erkennbare Risiken sind gemäß § 253 Abs. 4 Satz 2 HGB berücksichtigt.

Erhaltene Anzahlungen auf Vorräte sind zu Nennwerten bilanziert.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände sowie flüssige Mittel sind zu Nennwerten angesetzt. Erkennbare Risiken sind durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Risiken aus Forderungsausfällen bei Transportkunden sind durch eine Forderungsausfallversicherung zu 90 % abgedeckt.

Nicht abgerechnete Netzentgelte sind zum Bilanzstichtag auf der Grundlage einer anlagenbezogenen Hochrechnung abgegrenzt. Innerhalb der Forderungen sind erhaltene Abschlagszahlungen mit den abgegrenzten, noch nicht abgerechneten Netzentgelten verrechnet und offen abgesetzt.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für Folgejahre darstellen.

FREMDKAPITAL

Der Sonderposten enthält von der öffentlichen Hand empfangene Investitionszuschüsse und wird über die Restnutzungsdauer der betroffenen Anlagengüter zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen aus der Altersteilzeitregelung sind nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bewertet. Den Berechnungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind zu erwartende Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von 2,0 % sowie die Sterbetafeln Heubeck (RT 2018 G) und ein Zinssatz von 1,90 % (Vj. 1,82 %) zugrunde gelegt. Bei den Berechnungen der Altersteilzeitverpflichtungen ist ein Zinssatz von 1,48 % (Vj. 1,03 %) berücksichtigt. Den Altersteilzeitrückstellungen ist ein Gehaltstrend von 2,5 % p. a. zugrunde gelegt. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich keine wesentliche Veränderung der Verpflichtungen.

Bei der NBB besteht zweckgebundenes und dem Gläubigerzugriff entzogenes Vermögen für die Verpflichtungen der Altersteilzeitregelung (ATZ), welches mit seinem beizulegenden Zeitwert bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB mit den Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen ist.

Durch die Anwendung des Rechnungslegungshinweises IDW RH FAB 1.021 zur handelsrechtlichen Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen ist eine kongruente Bewertung von Pensionsrückstellungen und Rückdeckungsversicherungsansprüchen sichergestellt. Bei der Anwendung des Aktivprimats sind die Pensionsrückstellungen mit dem Wert der Rückdeckungsversicherung bewertet.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach § 249 Abs. 1 HGB. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst.

Die angewandten Zinssätze basieren auf den Abzinsungszinssätzen der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Effekte aus der Änderung der Abzinsungssätze beziehungsweise Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit sind im Finanzergebnis ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert. Die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen sind zu Nennwerten bilanziert.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für Folgejahre darstellen.

LATENTE STEUERN

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge sind die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen sind verrechnet ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

AKTIVA

ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten selbst erstellte Softwarelösungen in Höhe von 791 Tsd.€ (Vj. 752 Tsd.€) sowie in Entwicklung befindliche selbst erstellte Softwarelösungen in Höhe von 493 Tsd.€ (Vj. 219 Tsd.€), die in den geleisteten Anzahlungen enthalten sind. Die Entwicklungskosten für die selbst erstellte Software betragen 520 Tsd.€ (Vj. 291 Tsd.€).

ANTEILSBESITZ

NAME UND SITZ DER GESELLSCHAFT	31.12.2024	31.12.2024	2024
	EIGENKAPITAL	ANTEIL AM EIGENKAPITAL	JAHRESERGEBNIS
	T€	%	T€
infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin	1.830	67,3600	637
KKI-Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin	0	74,9000	818
WGI GmbH, Dortmund ¹	750	49,0000	209

¹ Daten betreffen den Jahresabschluss zum 31.12.2023

VORRÄTE

	31.12.2024	31.12.2023
	T€	T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	259	241
Unfertige Leistungen	24.717	12.117
Waren	316	316
Erhaltene Anzahlungen	-21.411	-11.238
	3.881	1.436

Die unfertigen Leistungen betreffen im Wesentlichen Netzausbaumaßnahmen für die Verpächter.

FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	31.12.2024		31.12.2023	
	INSGESAMT	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT BIS 1 JAHR	INSGESAMT	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT BIS 1 JAHR
	T€	T€	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	37.029	37.029	44.608	44.608
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	34.638	34.638	55.926	55.926
aus Lieferungen und Leistungen	10.373	10.373	18.930	18.930
aus sonstigen Vermögensgegenständen	24.265	24.265	36.996	36.996
(davon aus Kontenclearing)	(13.443)	(13.443)	(27.522)	(27.522)
(davon gegen Gesellschafter)	(20.179)	(20.179)	(37.767)	(37.767)
(aus Lieferungen und Leistungen)	(6.048)	(6.048)	(9.671)	(9.671)
(aus sonstigen Vermögensgegenständen)	(14.131)	(14.131)	(28.096)	(28.096)
(davon aus Kontenclearing)	(13.443)	(13.443)	(27.522)	(27.522)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	4	4
aus sonstigen Vermögensgegenständen	0	0	4	4
Sonstige Vermögensgegenstände	12.233	12.233	7.934	7.934
	83.900	83.900	108.472	108.472

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Netzentgelten, Forderungen aus Mehr- und Mindermengenabrechnungen sowie Forderungen aus Netzanschlüssen und -umverlegungen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten Ansprüche aus Abgrenzungen für noch nicht abgerechnete Netzentgelte in Höhe von 19.012 Tsd.€ (Vj. 30.080 Tsd.€). Den Forderungen aus Abgrenzungen für Netzentgelte in Höhe von 130.172 Tsd.€ (Vj. 154.771 Tsd.€) stehen erhaltene Anzahlungen (netto) in Höhe von 111.160 Tsd.€ (Vj. 124.691 Tsd.€) gegenüber.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Steuerforderungen in Höhe von 2.892 Tsd.€ (Vj. 4.878 Tsd.€), die rechtlich erst nach dem Bilanzstichtag entstehen.

PASSIVA

EIGENKAPITAL

	31.12.2024	31.12.2023
	T€	T€
Festkapital	13.093	13.093
GASAG	12.093	12.093
GBG	1.000	1.000
Zusätzliche Einlagen	234.323	234.323
GASAG	225.920	225.920
GBG	8.403	8.403
Kapitalanteile der Kommanditisten	247.416	247.416

Die Gesellschafter nehmen im Verhältnis ihres jeweiligen Festkapitals am Gewinn oder Verlust teil. Über die Gewinnverwendung ist nicht zu beschließen.

Die zusätzliche Einlage ist durch den Gesellschaftsvertrag eine Pflichteinlage, die nicht als Haftungssumme der Kommanditisten gilt.

SONDERPOSTEN

	31.12.2024	31.12.2023
	T€	T€
Investitionszuschüsse	6	0
	6	0

RÜCKSTELLUNGEN

	31.12.2024	31.12.2023
	T€	T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.577	4.752
Steuerrückstellungen	10.072	7.208
Sonstige Rückstellungen	80.368	101.331
	95.017	113.291

Unter Inanspruchnahme von Art. 28 EGHGB werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 12.862 Tsd.€ (Vj. 14.786 Tsd.€) nicht in der Bilanz ausgewiesen. Demgegenüber besteht ein Kassenvermögen in Höhe von 10.073 Tsd.€ (Vj. 9.931 Tsd.€).

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von -41 Tsd.€ (§ 253 Abs. 6 HGB).

	31.12.2024	31.12.2023
	T€	T€
Sonstige Rückstellungen für		
Regulierungskonto	44.527	59.744
noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen	15.678	16.527
sonstige Personalaufwendungen	7.620	9.083
Abbruchkosten	5.298	5.674
Bodensanierungen	1.255	1.224
Rechtsstreitigkeiten	1.172	1.911
Mehr- und Mindermengenabrechnung Gas	789	2.750
Altersteilzeit	380	110
Sonstiges	3.649	4.308
	80.368	101.331

Die in den sonstigen Rückstellungen darüber hinaus enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen werden mit Vermögensgegenständen zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes (AltTZG), welche vom GASAG Treuhand e. V., Berlin, gehalten werden, saldiert. Der GASAG Treuhand e. V. hat die ihm von der NBB übertragenen finanziellen Mittel unter angemessener Abwägung von Ertragsmöglichkeiten und der Substanzerhaltung zu verwalten und darf sie darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwenden.

	31.12.2024	31.12.2023
	T€	T€
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	4.314	6.783
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	3.934	6.673
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände (Marktwert)	3.934	6.673
Verrechnete Aufwendungen aus Altersteilzeitverpflichtungen	57	42
Verrechnete Erträge aus Treuhandvermögen	246	191

Der beizulegende Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände entspricht den Anschaffungskosten, da es sich hierbei um Festgeldanlagen handelt.

VERBINDLICHKEITEN

	31.12.2024				31.12.2023			
	INSGESAMT	RESTLAUFZEIT			INSGESAMT	RESTLAUFZEIT		
		BIS 1 JAHR	ÜBER 1 JAHR	DAVON ÜBER 5 JAHRE		BIS 1 JAHR	ÜBER 1 JAHR	DAVON ÜBER 5 JAHRE
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	380.273	57.691	322.582	197.630	384.041	45.263	338.778	206.160
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	25	25	0	0	1.528	1.528	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.017	4.017	0	0	5.849	5.849	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	19.910	19.910	0	0	11.576	11.576	0	0
aus Lieferungen und Leistungen	224	224	0	0	800	800	0	0
aus sonstigen Verbindlichkeiten	19.686	19.686	0	0	10.776	10.776	0	0
(davon gegenüber Gesellschaftern)	(11.143)	(11.143)	(0)	(0)	(10.986)	(10.986)	(0)	(0)
(aus Lieferungen und Leistungen)	(101)	(101)	(0)	(0)	(271)	(271)	(0)	(0)
(aus sonstigen Verbindlichkeiten)	(11.042)	(11.042)	(0)	(0)	(10.715)	(10.715)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	81.277	21.277	60.000	60.000	74.872	4.872	70.000	60.000
(davon aus Darlehen)	(70.387)	(10.387)	(60.000)	(60.000)	(70.386)	(386)	(70.000)	(60.000)
(davon aus Steuern)	(4.053)	(4.053)	(0)	(0)	(4.056)	(4.056)	(0)	(0)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(9)	(9)	(0)	(0)	(22)	(22)	(0)	(0)
	485.502	102.920	382.582	257.630	477.866	69.088	408.778	266.160

Die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern enthalten Verbindlichkeiten aus der Ergebnisverwendung des Geschäftsjahres in Höhe von 8.942 Tsd.€ (Vj. 8.743 Tsd.€).

PASSIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen Zuschüsse gemäß Niederdruckanschlussverordnung (NDAV) in Höhe von 65.635 Tsd.€ (Vj. 69.280 Tsd.€), die über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam in die Umsatzerlöse vereinnahmt werden.

PASSIVE LATENTE STEUERN

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen die Bewertungsunterschiede zur Steuerbilanz.

	31.12.2024	
	AKTIVE LATENTE STEUERN	PASSIVE LATENTE STEUERN
	T€	T€
Anlagevermögen		10.175
Rückstellungen	1.487	
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	4.334	
	5.821	10.175
Passivüberhang		4.354

Die latenten Steuern wurden mit einem Steuersatz von 14,026 % ermittelt.

ENTWICKLUNG LATENTER STEUERSALDEN

	31.12.2023	VERÄNDERUNG	31.12.2024
	T€	T€	T€
Aktive latente Steuern	5.770	51	5.821
Passive latente Steuern	8.643	1.532	10.175

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

UMSATZERLÖSE

Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres 2024 betragen 396.532 Tsd.€ (Vj. 460.300 Tsd.€). Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Umsatzerlöse aus Netzentgelten sowie um von den Transportkunden vereinnahmte Konzessionsabgaben. Aus den Netzentgelten resultieren Mindererlöse gegenüber der Erlösobergrenze die teilweise mit Mehrerlösen aus Vorjahren verrechnet sind und zu einem Verbrauch der Rückstellungen aus dem Regulierungskonto führen.

Die Umsatzerlöse entfallen vollständig auf das Inland.

In den Netzentgelten sind Erlöse aus der Weiterwälzung von Kosten der vorgelagerten Netze enthalten.

In den Umsatzerlösen werden Erlöse aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 16.288 Tsd.€ (Vj. 54.816 Tsd.€) ausgewiesen, von denen 4.071 Tsd.€ (Vj. 6.092 Tsd.€) periodenfremd sind. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar. Den Erlösen aus Mehr- und Mindermengenabrechnungen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber gegenüber, die in den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren ausgewiesen werden.

Des Weiteren enthalten die Umsatzerlöse Erträge aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten aus vereinnahmten Hausanschlussbeiträgen und Baukostenzuschüssen für die Netzinfrastruktur in Höhe von 8.947 Tsd.€ (Vj. 9.368 Tsd.€).

Zudem sind periodenfremde Umsatzerlöse aus Netzentgelten in Höhe von 412 Tsd.€ (Vj. 1.948 Tsd.€) und Konzessionsabgaben in Höhe von -105 Tsd.€ (Vj. -54 Tsd.€) enthalten.

BESTANDSVERÄNDERUNGEN

Die Bestandsveränderungen betreffen hauptsächlich unfertige Leistungen für Rohrnetz- und Anlagentechnik.

ANDERE AKTIVIERTE EIGENLEISTUNGEN

In den anderen aktivierten Eigenleistungen sind in Höhe von 13.658 Tsd.€ (Vj. 14.333 Tsd.€) Eigenleistungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Rohrnetz- und Anlagentechnik ausgewiesen. Weiterhin sind in den anderen aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 559 Tsd.€ (Vj. 506 Tsd.€) Eigenleistungen im Zusammenhang mit Softwarelösungen enthalten.

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

	2024	2023
	T€	T€
Auflösung von Rückstellungen	3.623	3.198
Erstattungen und Zuschüsse	1.638	2.019
Entlastungen Soforthilfe / Energiepreisbremse	1.371	104
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	571	562
Erträge (Gegenposten) Sachbezüge	427	332
Veränderung von Wertberichtigungen	33	216
Übrige sonstige betriebliche Erträge	283	342
	7.946	6.773
davon periodenfremd	1.520	166

MATERIALAUFWAND

	2024	2023
	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	28.758	67.989
Aufwendungen für bezogene Leistungen	194.377	205.325
	223.135	273.314
davon periodenfremd	4.557	6.486

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren beinhalten unter anderem Aufwendungen aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 16.288 Tsd.€ (Vj. 54.816 Tsd.€), von denen 4.071 Tsd.€ (Vj. 6.092 Tsd.€) periodenfremd sind.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen im Wesentlichen Netzpachtaufwendungen und weitere Leistungen für Rohrnetze, Aufwendungen aus vorgelagerten Netzen sowie Ablese- und Abrechnungsaufwendungen.

PERSONALAUFWAND

	2024	2023
	T€	T€
Löhne und Gehälter	45.484	43.902
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.965	11.964
(davon für Altersversorgung)	(2.101)	(2.425)
	57.449	55.866

Die Löhne und Gehälter enthalten Aufwendungen für die Altersteilzeitregelung in Höhe von 1 Tsd.€ (Vj. 810 Tsd.€).

ABSCHREIBUNGEN

	2024	2023
	T€	T€
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	1.163	960
Abschreibungen auf Sachanlagen	61.832	60.697
	62.995	61.657

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

	2024	2023
	T€	T€
IT-Dienstleistungen	11.075	9.288
Aufwendungen für Geschäftsbesorgung	8.077	7.468
Aufwendungen für Mieten und Leasing	3.731	3.482
Sonstige Dienstleistungen	2.852	2.836
Versicherungen	2.123	1.951
Büro-, Post- und Telefonaufwand	1.531	1.526
Abgaben, Gebühren und Beiträge	1.330	1.314
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	967	561
Weiterbildungen	816	653
Aufwand aus Kostenerstattung Beteiligungs-GmbH	695	582
Schutz- und Dienstkleidung	493	372
Abgangsverluste	492	653
Sachzuwendungen	444	500
Ausbuchungen, Wertberichtigungen und Rückflüsse	246	104
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb	245	186
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	1.413	1.476
	36.530	32.952
davon periodenfremd	-165	63

FINANZERGEBNIS

	2024	2023
	T€	T€
Erträge aus Beteiligungen	291	392
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(168)	(269)
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	37	47
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(37)	(47)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.921	2.591
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(1.603)	(2.352)
(davon aus der Abzinsung von Rückstellungen)	(232)	(184)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.505	7.880
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(329)	(280)
(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	(117)	(113)
	-5.256	-4.850

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren im Wesentlichen aus Zinsen aus Kontenclearing mit GASAG. In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Zinsen für Investitionsdarlehen in Höhe von 6.576 Tsd.€ (Vj. 7.055 Tsd.€) enthalten.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag enthalten latente Steuern in Höhe von 1.481 Tsd.€ (Vj. 1.632 Tsd.€).

In dieser Position sind periodenfremde Effekte in Höhe von 0 Tsd.€ (Vj. –74 Tsd.€) enthalten.

Gemäß § 12.1 des Gesellschaftsvertrages vom 14. Dezember 2020 werden die auf steuerliche Sonder- und/ oder Ergänzungsbilanzen der jeweiligen Kommanditisten beruhenden Gewerbesteuerbe- bzw. -entlastungen diesen im Rahmen der Gewinnverteilung zugerechnet.

Der NBB sind nach weiteren gesellschaftsvertraglichen Regelungen der Gewerbesteueraufwand in Zusammenhang mit steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen sowie der Veräußerung des gesamten Kommanditanteils von den jeweiligen Kommanditisten zu erstatten. Für Vorjahre ergab sich eine Gewerbesteuererstattung der NBB KG an die Kommanditisten in Höhe von 0 Tsd.€ (Vj. 67 Tsd.€).

AUSSERBILANZIELLE GESCHÄFTE/ SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 306.495 Tsd.€. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen enthalten Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 72.777 Tsd.€ sowie gegenüber assoziierten Unternehmen in Höhe von 28.612 Tsd.€. Bestellobligos bestehen in Höhe von 55.582 Tsd.€.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen die Netzpachtverträge mit der EMB Energie Brandenburg GmbH, Michendorf, (nachfolgend EMB) über die Wirtschaftsgüter des Gasnetzes inklusive Asset-Owner-Kosten sowie die Bestellung fester Netzkapazitäten in vorgelagerten Netzebenen.

Die NBB zieht aus den nachfolgenden Pachtverhältnissen die Finanzierungsvorteile, muss jedoch den Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen können.

Es bestehen Verträge über die Verpachtung der Wirtschaftsgüter der Gasnetze mit allen technischen Nebeneinrichtungen mit EMB, der Netzgesellschaft Hohen Neuendorf GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf, der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf, die Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz) (nachfolgend NFL), der Rathenower Netz GmbH, Rathenow und der Netzgesellschaft Kyritz GmbH, Kyritz. Alle Verträge haben zum Stichtag eine Laufzeit zwischen einem und 12 Jahren.

Bei allen genannten Pachtverträgen trägt die NBB als Pächterin während der Laufzeit des Vertrages alle Kosten und Lasten in Bezug auf den Pachtgegenstand.

Für den überwiegenden Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NBB besteht eine Mitgliedschaft bei der VBL. Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird durch Umlagen finanziert. Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr 2024 für den Abrechnungsverband West 7,3 %. Davon leistet der Arbeitgeber 5,49 % und der Arbeitnehmer 1,81 %. Im Abrechnungsverband Ost betrug der Umlagesatz 1,06 %, den der Arbeitgeber trägt.

Ferner wird im Abrechnungsverband Ost ein Beitrag im Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 6,25 % erhoben. Davon leistet der Arbeitgeber 2,00 % und der Arbeitnehmer 4,25 %. Das umlagepflichtige Entgelt betrug im Geschäftsjahr 34.077 Tsd.€.

Darüber hinaus besteht für die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz), (nachfolgend SW Forst) eine Mitgliedschaft beim Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg. Die ZVK Brandenburg – Zusatzversorgungskasse – ist im Land Brandenburg die betriebliche Altersversorgung des kommunalen öffentlichen Dienstes. Die Finanzierung erfolgt weitestgehend analog den Regelungen der VBL (Umlage: 1,1 % vom Arbeitgeber, Zusatzbeitrag: jeweils 2,4 % vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Für ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ehemaligen BEGA.tec GmbH, die unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe fallen, werden als Form der überbetrieblichen Altersversorgung Arbeitgeberbeiträge im Rahmen der „Tarifrente Bau“ erhoben. Es handelt sich dabei um eine kapitalgedeckte Zusatzversorgung. Je nach Mitarbeitergruppe werden gem. des „Tarifvertrages über eine zusätzliche Altersversorgung im Baugewerbe (TZA Bau)“ unterschiedliche Festbeträge bzw. Beträge als Prozentwerte des Bruttolohnes zugesagt.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten zudem Miet- und Leasingkosten in Höhe von 40.763 Tsd.€.

Weitere Verpflichtungen beinhalten sonstige Dienstleistungsverträge, Wartungs- und Betriebsführungskosten, Geschäftsbesorgungen, Versicherungen, Abwicklung von Netzanschlussfragen sowie die noch nicht zugeführten Anteile von Ansammlungsrückstellungen.

SONSTIGE ANGABEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin NBB GmbH.

Zur Geschäftsführung der NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, sind

Maik Wortmeier (Vorsitzender)
Technischer Bereich

Claudia Rathfux
Kaufmännischer Bereich

bestellt.

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER IM JAHRESDURCHSCHNITT

	2024	2023
	ANZAHL	ANZAHL
Frauen	164	151
Männer	570	563
	734	714

KONZERNVERHÄLTNISSSE

Der Jahresabschluss der NBB wird im Rahmen des von GASAG für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen aufgestellten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2024 als verbundenes Unternehmen vollkonsolidiert. Der Konzernabschluss wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Zur Erstellung eines Konzernabschlusses war die NBB zum 31. Dezember 2024 nicht verpflichtet, da GASAG in ihrer Eigenschaft als Konzernleitung zum 31. Dezember 2024 einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht mit befreiender Wirkung für die NBB erstellt. Die Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden des befreienden Konzernabschlusses folgen den für die Europäische Union gültigen International Financial Reporting Standards.

NACHTRAGSBERICHT

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die wesentliche finanzielle Auswirkungen auf die Gesellschaft und deren zukünftige Geschäftstätigkeit haben.

ANGABEN ZUM GESAMTHONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Die Angaben für das im Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB sind im GASAG Konzernabschluss enthalten.

GESCHÄFTE GRÖSSEREN UMFANGS GEMÄSS § 6B ABS. 2 ENWG MIT VERBUNDENEN UND ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

	2024
	T€
Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftraggeber	
Bauleistungen	10.338
Technische Betriebsführung	2.049
Zinsen für Ausleihungen, Kontenclearing und sonstige Zinsen	1.601
Dienstleistungen	575
IT- und Telekommunikationsleistungen	333
Grundstücks- und Gebäudemieten sowie übrige Miet- und Pächterlöse	230
Verbundene und assoziierte Unternehmen als Auftragnehmer	
Geschäftsbesorgung	8.050
IT- und Telekommunikationsleistungen	7.805
Dienstleistungen	3.075
Grundstücks- und Gebäudemieten sowie übrige Miet- und Pächterlöse	539
Übernahme WA-Zahlungen	184

Auftraggeber waren GASAG, die BAS Kundenservice GmbH & Co. KG, Berlin, (nachfolgend BAS), SW Forst, NFL, die KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin, (nachfolgend KKI) und EMB.

Auftragnehmer waren GASAG, die infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin, KKI, und die WGI GmbH, Dortmund.

Es besteht ein Cash-Pooling-Vertrag mit GASAG, in dessen Rahmen der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 39.278 Tsd. € zur Verfügung steht.

Die Bauleistungen beinhalten im Wesentlichen die investiven Maßnahmen für das Gasnetz der Verpächter. Des Weiteren verzeichnet die NBB Pacht aufwendungen für die Gasnetze.

Die NBB übernimmt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit GASAG für die Versorgungszusage gemäß der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA) anteilig die anfallenden laufenden Aufwendungen aus Pensionsverpflichtungen.

Berlin, 17. Februar 2025

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Maik Wortmeier
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

Claudia Rathfux
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH

ANLAGENSPIEGEL

DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01. BIS 31.12.2024

POSTEN DES ANLAGEVERMÖGENS	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN				ABSCHREIBUNGEN						RESTBUCHWERTE AM	
	Anfangsstand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge	Umbuchungen	Endstand	31.12.2024	31.12.2023
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände	946	27	0	219	1.192	194	207	0	0	401	791	752
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	45.797	1.180	137	1.298	48.138	10.294	956	0	0	11.250	36.888	35.503
3. Geschäfts- oder Firmenwert	1.502	0	0	0	1.502	1.502	0	0	0	1.502	0	0
4. Geleistete Anzahlungen	1.511	594	0	-1.511	594	0	0	0	0	0	594	1.511
	49.756	1.801	137	6	51.426	11.990	1.163	0	0	13.153	38.273	37.766
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	48.802	1.675	2	1.128	51.603	15.836	1.276	2	-1	17.109	34.494	32.966
2. Erzeugungs- und Bezugsanlagen	163	0	0	0	163	163	0	0	0	163	0	0
3. Verteilungsanlagen	1.443.898	57.552	1.755	8.490	1.508.185	726.210	58.313	1.494	0	783.029	725.156	717.688
4. Andere technische Anlagen und Maschinen	1.997	232	10	40	2.259	1.724	42	10	0	1.756	503	273
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.596	1.857	488	1.101	25.066	13.437	2.201	457	1	15.182	9.884	9.159
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	20.814	16.307	111	-10.765	26.245	0	0	0	0	0	26.245	20.814
	1.538.270	77.623	2.366	-6	1.613.521	757.370	61.832	1.963	0	817.239	796.282	780.900
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	170	0	0	0	170	0	0	0	0	0	170	170
2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	2.343	0	642	0	1.701	1.875	0	525	0	1.350	351	468
3. Beteiligungen	1.281	0	0	0	1.281	0	0	0	0	0	1.281	1.281
4. Sonstige Ausleihungen	15	0	0	0	15	0	0	0	0	0	15	15
	3.809	0	642	0	3.167	1.875	0	525	0	1.350	1.817	1.934
	1.591.835	79.424	3.145	0	1.668.114	771.235	62.995	2.488	0	831.742	836.372	820.600

BILANZ

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN ZUM 31.12.2024 FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG, ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN GASVERTEILUNG UND ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG

AKTIVA

	GASVERTEILUNG		ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN GASVERTEILUNG		ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG	
	31.12.2024	31.12.23	31.12.2024	31.12.23	31.12.2024	31.12.23
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen	833.017	817.252	67	63	190	145
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	38.062	37.591	9	10	27	23
1. Selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände	747	737	4	2	11	4
2. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	36.751	35.429	3	7	9	16
3. Geleistete Anzahlungen	564	1.425	2	1	7	3
II. Sachanlagen	794.940	779.646	58	53	163	122
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	33.828	32.233	11	15	30	34
2. Verteilungsanlagen	725.156	717.688	0	0	0	0
3. Andere technische Anlagen und Maschinen	498	268	0	0	0	0
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.346	8.668	45	36	128	84
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26.112	20.789	2	2	5	4
III. Finanzanlagen	15	15	0	0	0	0
Sonstige Ausleihungen	15	15	0	0	0	0
B. Umlaufvermögen	85.272	107.501	7	15	105	35
I. Vorräte	3.269	868	0	0	0	0
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	203	200	0	0	0	0
2. Unfertige Leistungen	24.161	11.590	0	0	0	0
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	316	316	0	0	0	0
4. Erhaltene Anzahlungen auf Vorräte	-21.411	-11.238	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	82.003	106.629	7	15	105	35
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	36.057	43.917	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	33.773	54.900	5	10	100	29
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.539	17.940	3	6	95	21
davon sonstige Vermögensgegenstände	24.234	36.960	2	4	5	8
(davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
(davon gegen Gesellschafter)	(20.151)	(37.733)	(2)	(45)	(5)	(43)
3. Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0	4	0	0	0	0
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
davon sonstige Vermögensgegenstände	0	4	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
4. Sonstige Vermögensgegenstände	12.173	7.808	2	5	5	6
(davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	0	4	0	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	229	2.984	0	0	1	0
D. Negatives zugeordnetes Eigenkapital	0	0	27	41	0	35
Bilanzsumme	918.518	927.737	101	119	296	215

BILANZ

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN ZUM 31.12.2024 FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG, ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN GASVERTEILUNG UND ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG

PASSIVA

	GASVERTEILUNG		ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN GASVERTEILUNG		ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG	
	31.12.2024	31.12.23	31.12.2024	31.12.23	31.12.2024	31.12.23
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
A. Zugeordnetes Eigenkapital	243.671	243.495	0	0	110	0
B. Sonderposten	6	0	0	0	0	0
C. Rückstellungen	93.288	111.797	89	109	161	196
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.259	4.421	31	33	52	54
2. Steuerrückstellungen	9.856	7.051	16	11	0	1
3. Sonstige Rückstellungen	79.173	100.325	42	65	109	141
D. Verbindlichkeiten	485.342	477.779	10	7	21	15
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	380.273	384.041	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(57.691)	(45.263)	(0)	(0)	(0)	(0)
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	25	1.528	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(25)	(1.528)	(0)	(0)	(0)	(0)
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.963	5.840	3	1	3	1
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(3.963)	(5.840)	(3)	(1)	(3)	(1)
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	19.910	11.573	0	0	0	1
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	224	797	0	0	0	1
davon sonstige Verbindlichkeiten	19.686	10.776	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(19.910)	(11.572)	(0)	(0)	(0)	(1)
(davon gegen Gesellschafter)	(11.143)	(10.986)	(0)	(0)	(0)	(0)
(davon aus Ergebnisverwendung)	(8.942)	(8.743)	(0)	(0)	(0)	(0)
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	0	0	0	0	0	0
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	81.171	74.797	7	6	18	13
(davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr)	(21.171)	(4.797)	(0)	(0)	(0)	(0)
(davon aus Steuern)	(3.959)	(3.991)	(0)	(0)	(0)	(0)
E. Rechnungsabgrenzungsposten	91.857	91.793	2	3	4	4
F. Passive latente Steuern	4.354	2.873	0	0	0	0
Bilanzsumme	918.518	927.737	101	119	296	215

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG, BERLIN FÜR DIE ZEIT VOM 1.1.2024 BIS 31.12.2024 FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG UND ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN GAS- SOWIE ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG

	GASVERTEILUNG		ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN GASVERTEILUNG		ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG	
	2024	2023	2024	2023	2024	2023
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	389.456	452.921	487	620	939	964
2. Bestandsveränderungen	12.570	1.864	0	0	0	-5
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	14.217	14.839	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	7.218	6.083	12	12	29	25
5. Materialaufwand	220.026	269.847	21	89	84	101
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	28.474	67.811	4	4	10	9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	191.552	202.036	17	85	74	92
6. Personalaufwand	54.525	53.225	287	319	843	702
a) Löhne und Gehälter	43.118	41.754	234	261	687	575
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	11.407	11.471	53	58	156	127
(davon für Altersversorgung)	(2.061)	(2.390)	(7)	(7)	(18)	(16)
7. Abschreibungen	62.771	61.413	11	18	31	43
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	35.601	32.025	97	120	294	268
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.921	2.590	0	0	0	0
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(1.603)	(2.352)	(0)	(0)	(0)	(0)
(davon aus der Abzinsung von Rückstellungen)	(232)	(184)	(0)	(0)	(0)	(0)
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.498	7.873	0	1	1	1
(davon an verbundene Unternehmen)	(325)	(278)	(0)	(0)	(0)	(0)
(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)	(113)	(108)	(0)	(0)	(1)	(1)
Ergebnis vor Steuern	44.961	53.914	83	85	-285	-131
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	6.680	8.014	10	10	0	0
Ergebnis nach Steuern	38.281	45.900	73	75	-285	-131
12. Sonstige Steuern	137	100	0	0	1	1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	38.144	45.800	73	75	-286	-132
13. Gutschrift / Lastschrift auf Gesellschafterkonten	-38.144	-45.800	-73	-75	286	132

ANHANG ZUM TÄTIGKEITSABSCHLUSS

DER NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG FÜR DIE TÄTIGKEITEN GASVERTEILUNG, ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNG AN DIE GASVERTEILUNG UND ENERGIESPEZIFISCHE DIENSTLEISTUNGEN AN DIE ELEKTRIZITÄTSVERTEILUNG

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, (im folgenden NBB genannt) weist drei Tätigkeiten gemäß den Anforderungen nach IDW ERS ÖFA 2 aus. Der Tätigkeitsabschluss Gasverteilung beinhaltet das Geschäft der NBB als regulierter Netzbetreiber. Die Tätigkeiten der NBB für den Bereich der energiespezifischen Dienstleistungen beinhalten Dienstleistung der NBB im Rahmen der Betriebsführung an die regulierten Sparten Gas- und Elektrizitätsverteilung der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz).

1. ABSCHREIBUNGSMETHODEN

Bezüglich der nach § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG geforderten Angabe zu den Abschreibungsmethoden wird auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang des Jahresabschlusses verwiesen.

2. REGELN FÜR DIE ZUORDNUNG DER GEGENSTÄNDE DES AKTIV- UND PASSIVVERMÖGENS SOWIE DER AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE ZU DEN GEMÄSS DEN SÄTZEN 1 BIS 4 DES § 6B ABS. 3 ENWG GEFÜHRTEN KONTEN

BILANZ

Die Verteilung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens auf die Tätigkeitsbereiche wird über eine eindeutige Kostenstellenzuordnung sichergestellt.

Die Zuordnung der übrigen Bilanzkonten auf die Tätigkeitsbereiche erfolgt bei eindeutiger Zuordnung direkt. Wenn die Konten nicht eindeutig einem der Tätigkeitsbereiche zugeordnet werden können, erfolgt eine Analyse der Einzelposten des Kontos des jeweiligen Gegenkontos in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn daraus auch keine eindeutige Zuordnung abgeleitet werden kann, dann erfolgt je nach Sachverhalt eine Aufteilung auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche auf Basis eines verursachungsgerechten Schlüssels.

Pensions- und andere Personalrückstellungen werden im Verhältnis des Personalaufwands geschlüsselt.

Die Verbindlichkeiten werden im Wesentlichen direkt dem Tätigkeitsbereich zugeordnet. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Darlehensgebern sind vollständig dem Tätigkeitsbereich Gasverteilung zugeordnet.

Die Verteilung des Eigenkapitals erfolgt entsprechend der Einlagen der Gesellschafter. Die Aufteilung auf die Tätigkeiten für die einzelnen Gesellschafter wird entsprechend der erstmaligen Aufteilung der Einlagen vorgenommen.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Der Ausgangspunkt für die Gewinn- und Verlustrechnung der Tätigkeitsabschlüsse bildet die Profitcenterrechnung, wodurch die Jahresergebnisse in die Tätigkeitsbereiche Gasverteilung, Energiespezifische Dienstleistung an Gas- und Elektrizitätsverteilung sowie Sonstige Tätigkeiten getrennt werden. Die Ergebnisse der Tätigkeiten Energiespezifische Dienstleistung an Gas- und Elektrizitätsverteilung sowie Sonstige Tätigkeiten sind direkt dem Gesellschafter GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin, zugeordnet.

Die Verrechnung der Leistungen zwischen den Tätigkeitsbereichen erfolgt auf Basis einer Stundenschreibung sowie der Umlage entsprechender Verwaltungsgemeinkosten über Aufträge mit einem Kostenpreis in die Tätigkeitsbereiche Verteilung und Sonstige Tätigkeiten.

Umsatzerlöse:

Die Zuordnung der Umsatzerlöse erfolgt nahezu vollständig direkt auf den jeweiligen Tätigkeitsbereich.

Materialaufwand:

Der wesentliche Teil der Materialaufwendungen wird über Profitcenter dem jeweiligen Tätigkeitsbereich direkt zugeordnet.

Personalaufwand:

Alle Mitarbeiter sind jeweils einem Profitcenter zugeordnet. Die Personalaufwendungen für die jeweiligen Mitarbeiter werden direkt auf den Profitcentern erfasst. Die Aufteilung nach Tätigkeitsbereichen erfolgt über eine Stundenschreibung.

Abschreibungen:

Der wesentliche Teil der Abschreibungen wird über Profitcenter dem jeweiligen Tätigkeitsbereich direkt zugeordnet und beinhaltet vorrangig Abschreibungen auf Gasverteilungsanlagen. Die Abschreibungen für die Energiespezifischen Tätigkeiten resultieren im Wesentlichen aus der Software sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Sonstiger betrieblicher Aufwand:

Die Verteilung des sonstigen betrieblichen Aufwandes erfolgt über die tätigkeitsspezifische Zuordnung der Profitcenter bzw. die verursachungsgerechte Verteilung mittels Schlüssel.

Aufwand für IT-Leistungen:

Aufwendungen für IT-Leistungen werden unter anderem unter Berücksichtigung der Anzahl der den einzelnen Profitcentern zugeordneten Benutzerprofile für die jeweiligen Anwendungen auf die Tätigkeitsbereiche verteilt.

Aufwand für Ertragsteuern:

Die tätigkeitsspezifische Aufteilung der Ertragsteuern erfolgt unter Berücksichtigung der erstellten Sonderbilanzen der einzelnen Kommanditisten sowie der Schlüsselung entsprechend dem Gewinn vor Steuern für die einzelnen Tätigkeiten.

3. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag in diesem Tätigkeitsabschluss nicht.

4. ÄNDERUNG DER ZUORDNUNGSREGELN GEGENÜBER DEM VORJAHR

Es gab im Berichtsjahr keine Änderungen von Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

**AN DIE NBB NETZGESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG MBH & CO. KG,
BERLIN**

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit

§ 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DER EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGS-PFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Gasverteilung“, „Energiespezifische Dienstleistungen – Gasverteilung“ und „Energiespezifische Dienstleistungen – Elektrizitätsverteilung“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DIE EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DER EINHALTUNG DER RECHNUNGSLEGUNGSPFLICHTEN NACH § 6B ABS. 3 ENWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Berlin, den 25. Februar 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stefanie Bartel
Wirtschaftsprüferin

ppa. Jörg Beckert
Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Ein Unternehmen der GASAG-Gruppe

EUREF-Campus 1-2
10829 Berlin

Telefon 030 81876-0
Fax 030 81876-3099
www.nbb-netzgesellschaft.de

Ein Unternehmen der GASAG-Gruppe



HINWEIS ZUR SCHREIBWEISE MÄNNLICH / WEIBLICH

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der männlichen und weiblichen Bezeichnungen verzichtet wurde.

HINWEIS

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben etc.) auftreten.

LAYOUT UND SATZ

raufeld Medien, Berlin
www.raufeld.de

TITELBILD

Gabriel Schwarz (Ausbilder) – links, Anton Maaß (Azubi im 1. Lehrjahr) – rechts
Foto: Olaf Janson/raufeld